Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Unterhaltungsbeilagen „Feierstunden“ und „Unsere Heimat“

Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage „Haus-, Garten- und Landwirtschaft“

Bezugspreise: Monatlich einschließlich Trägerlohn ℳ 1.60 Einzelnummer 10 ₰ — **Erscheint an jedem Werktage** — Verbreitetste Zeitung im O.A.-Bezirk Nagold — Schriftleitung, Druck u. Verlag von G. W. Zaiser (Karl Zaiser) Nagold

100 Nagolder Tagblatt Jahre

Anzeigenpreise: Die einspaltige Zeile aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 15 ₰, Familien-Anzeigen 12 ₰ Reklame-Zeile 50 ₰, Sammelanzeigen 50 % Aufschlag — Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telephonische Aufträge und Chiffre-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen.

Telegramm-Adresse: Gesellschafter Nagold. — In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Postscheckkonto Stuttgart 5113

Nr. 32 | Gegründet 1826 | **Dienstag den 9. Februar** | Fernsprecher Nr. 29 | **100. Jahrgang**

Tagesspiegel

Der Deutsche Industrie- und Handelstag in Berlin spricht in einer Entschließung aus, die unnötigen Geldausgaben und die Steuerauflagen vieler Gemeinden hemmen die Wirtschaft und vermindern das produktive Volksvermögen. Es müsse das äußerste Maßhalten in der Auferlegung öffentlicher Lasten gesichert werden.

Der deutsche Kreuzer „Berlin“ ist am 8. Februar in Rio de Janeiro eingetroffen, von einem brasilianischen Torpedoboot eingeholt und von einer Abordnung der deutschen Kolonie begrüßt worden. Obwohl gerade ein allgemeines Volksfest für die spanischen Weltflieger Franco und Alda abgehalten wurde, zeigte die Bevölkerung großes Interesse für das erste deutsche Kriegsschiff, das nach dem Krieg nach Brasilien kam.

Präsident Coolidge ließ den Mächten mitteilen, die Regierung der Vereinigten Staaten halte die Verzögerung der Abrüstungskonferenz für unmöglich und sie erwarte in nächster Zeit bestimmte Schritte zur Herbeiführung der Konferenz.

Aufruf des Reichslandbunds zur Selbsthilfe

Der Präsident des Reichslandbunds erläßt an seine Mitglieder einen Aufruf, in dem es heißt:

„Die Rentabilität der Landwirtschaft als Voraussetzung für Aufwendungen für eine intensive Betriebsführung ist nicht vorhanden. Trotz der seit Monaten von dem Reichslandbund an die Reichsregierung gerichteten Forderung hat sich die Regierung, in vollkommener Verkennung der Notlage in der Landwirtschaft und der daraus für die Allgemeinheit unausbleiblichen schwerwiegenden Folgen, zu Taten nicht aufraffen können. Für die Landwirtschaft bleibt jetzt nur der Weg offen, sich durch Selbsthilfe zu entschulden. Bleiben die Bemühungen, die zur Erzielung einer Vollernte erforderlichen Düngemittel zu andern Bedingungen als zu Wechselkrediten zu erhalten, erfolglos, so muß der einzelne Landwirt sich je nach dem Stand seiner kurzfristigen Verschuldung darüber klar werden, ob für ihn die Gefahr einer geringeren Ernte oder die Gefahr einer Erwürgung durch die im nächsten Wirtschaftsjahr fällig werdenden kurzfristigen Kredite die größere ist. Der Zwang zur Ausgabeneinschränkung gilt in erhöhtem Maß für alle andern landwirtschaftlichen Betriebsmittel in weitestem Umfang dieses Begriffs, die von Industrie oder Handwerk bezogen werden, weil die Aufwendungen hierfür in einem ganz untragbaren Verhältnis zu den Preisen unserer Erzeugnisse stehen. Wer weiter neue Wechsel unterschreibt, wird hoffnungslos der Gnade oder Ungnade seiner Gläubiger ausgeliefert sein, und seine Erzeugnisse im Herbst 1926 wiederum, wie in diesem Herbst, verschleudern müssen.“

*

Nach dem Versagen oder der unzulänglichen Wirkung öffentlicher Hilfsmaßnahmen bleibt, wie zu der Losung ergänzend bemerkt wird, nur der Weg der Selbsthilfe übrig, um den gänzlichen Zerfall des landwirtschaftlichen Ernährungsstands zu verhindern oder wenigstens hinauszuschieben. Es bedeutet — daran ist kein Zweifel — eine Entscheidung von außerordentlicher Tragweite, wenn den Landwirten größtmögliche Sparsamkeit im Betrieb nahegelegt wird; eine Maßnahme, die sich in vielen Fällen auch auf die Anschaffung und Verwendung von Produktionsmitteln wird ausdehnen müssen. Auch der Nichtlandwirt weiß, welche Folgen aus einem verminderten Verbrauch künstlichen Düngers, aus der Zurückhaltung beim Ankauf von Maschinen und Geräten für das Produktionsergebnis und zuletzt für die Volksernährung zu erwachsen pflegen, und welche Rückwirkungen eine solche sparsame Betriebsführung in der Landwirtschaft auf die übrigen Produktionsstände haben muß.

Der Reichslandbund ist seither immer für die stärkste Intensiv-Bewirtschaftung der Betriebe eingetreten. Wenn er nun den Landwirten rät, von der kostspieligen Bewirtschaftung in Zukunft abzusehen und dafür, namentlich was die Verwendung von Düngemitteln betrifft, das Maß des Gebrauchs der wirtschaftlichen Kraft und der Verantwortung des einzelnen Landwirts überlassen wissen will, so bedeutet dies eine starke Wendung, veranlaßt durch die Erfahrungstatsache, daß die intensive, teure Wirtschaft dem Landwirt leider keine Früchte getragen hat. Er sieht sich vor einer Ernte, die entweder unverkäuflich oder zu Preisen verschleudert werden muß, die zu den notwendigen Betriebsaufwendungen in keinem Verhältnis stehen; er steckt bis über die Ohren in Schulden, die einen nach dem andern von Haus und Hof zu verdrängen drohen und die Sicherheit zur Fortführung der Wirtschaft untergraben. Alle Rettungsversuche, kamen sie von innen oder außen, haben bisher versagt. So bleibt dem Landwirt kein anderer Ausweg, als die Produktion mit allen Mitteln zu verbilligen, da durch die Einnahmen kein Gleichgewicht zu erreichen ist, von der Ausgabenseite her einen Ausgleich seines Haushalts anzustreben. Das vaterländische Verantwortungsbewußtsein und der gesunde Sinn der Landwirte bürgen dafür, daß diese Ausgabenbeschränkung da beginnt, wo sie ohne Schaden für die Produktion selbst angewendet werden kann.

Englischer Warnruf zum Dawesplan

London, 5. Febr. Gegenüber den schöngefärbten Berichten, welche die Beamten des Dawesplans über das erste Jahr seines Bestehens verfaßt haben, äußert der bekannte englische Volkswirtschaftsgelehrte Keynes in der „Nation“ eine sehr beachtenswerte Warnung. Er sagt u. a.:

Es ist mir immer klar gewesen, daß die Entschädigungsfrage, sowie sie einmal praktisch angefaßt wird, was jetzt zum ersten Mal geschieht, zu einer Lohnfrage für die deutschen Arbeiter wird. Die deutschen Arbeiter haben die Höhe der Vorkriegslöhne nahezu wieder erreicht. Wenn wir jedoch Deutschlands Verluste an Kapital und an Märkten berücksichtigen, erscheint es mir wahrscheinlich, daß dieser günstige Zustand sich mit der Anhäufung eines Ausfuhrüberschusses verträglich erweist, wie das für die Jahreszahlungen des Dawesplans notwendig ist. Die Arbeit des Uebertragungsausschusses muß im Lauf der Zeit immer offenkundiger zu einem Streben werden, die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter herabzusetzen. Der erste Abschnitt des Dawesplanes hat Deutschland eine dringend notwendige Atempause gegeben und seine Hilfsquellen mittels auswärtiger Anleihen aufs neue zum Fließen gebracht. Die bedenkliche Arbeitslosigkeit, die heute in Deutschland herrscht, ist, wie ich sehe, der erste Teil des zweiten Abschnitts, nämlich das Ergebnis eines Versuchs, durch Einschränkung des Kredits die Preise und Löhne zu senken. Es ist möglich, daß es tatsächlich gelingt, die Löhne teilweise herabzusetzen; aber der Uebertragungsausschuß braucht sowohl ein flottes Geschäft wie niedrige Löhne, um sein Ziel zu erreichen, und ich bezweifle, daß die Einschränkung des Kredits (durch die Reichsbank) beides fertig bringt. Vielleicht wird sich der Ausschuß genötigt sehen, gegen die Löhne auf unmittelbarem Weg vorzugehen. Dann wäre es nicht ausgeschlossen, daß ein politischer Sturm die Folge wäre. Die deutsche Finanz- und Industriewelt ist durchaus willig, mit dem Dawesausschuß zusammenzuarbeiten, teils weil sie ruhige Verhältnisse liebt, teils weil sie gute Beziehungen zu der ausländischen Finanz pflegen will. Aber es kann sehr leicht eine Lage entstehen, in der keine deutsche Regierung die Unterstützung der Wählerschaft mehr findet, wenn sie den Forderungen des Uebertragungsausschusses nachkommt. Sollte es so weit kommen, welche Drohungen wollen dann die Verbündeten anwenden, um das deutsche Volk in Furcht zu halten? Ein Vorgehen der Westmächte zu dem ausgesprochenen Zweck, die Lebenshaltung in Mitteleuropa herabzusetzen, würde dem Kapitalismus sicherlich keine Freunde gewinnen und könnte den unruhigen Mächten im Osten die Gelegenheit bieten, auf die sie warten. Die namhaften und friedvollen Berichte über das erste Jahr des Dawesplans ändern nicht meine natürliche Abneigung gegen dieses ganze Geschäft. Wir müssen hoffen, daß die verantwortlichen Stellen fortfahren, ruhig und vernünftig zu handeln, daß sie sich hüten, die Dinge auf ihre logische Spitze zu treiben, daß sie die Kreditlage erleichtern, soviel sie können, und sich noch für einige Zeit mit mäßigen Ergebnissen zufrieden geben. Der letzte Monat hat eine beträchtliche Entspannung in der Kreditnot gezeigt, aber das kann ebenso gut auf einen Rückgang der Erzeugung wie auf eine Aenderung der Politik der Reichsbank zurückzuführen sein. Deutschland ist gegenwärtig der wirtschaftliche Gefahrenpunkt Europas.

Imperator Mussolini hat gesprochen!

Die Rede im Reichstag. — Französische und amerikanische Pressestimmen

Eine Drohrede Mussolinis gegen Deutschland

Faszistischer Größenwahn

Rom, 8. Febr. In der Kammer stellte der faszistische Abgeordnete **Farinacci** eine Anfrage an Mussolini wegen einer Rede, die der **bayerische Ministerpräsident Dr. Held** am 5. Februar im bayerischen Landtag gehalten und in der er über die **Unterdrückung der Südtiroler Klage** geführt hatte.

Mussolini beantwortete die (bestellte) Anfrage sofort: Die italienische Regierung habe während dreier Jahre eine „gemäßigte Politik“ gegen Deutschland verfolgt. Italien habe nach langen Verhandlungen den ersten Handelsvertrag mit Deutschland abgeschlossen. Da auf einmal habe sich nach dem Abschluß des Vertrags von Locarno, wie auf gegebenes Stichwort hin, in Deutschland eine **gegen** Italien gerichtete Bewegung entwickelt, die **ebenso abscheulich** wie **lächerlich** sei. Es sei eine Lüge, daß man das **Denkmal Walthers von der Vogelweide** in Bozen habe entfernen wollen. Italien achte die Dichtkunst, auch wenn sie **mittelmäßig** sei. Aber Italien könne nicht dulden, daß Walther von der Vogelweide und Dante einander gegenübergestellt werden; das sei ein Unterschied wie zwischen einem kleinen Hügel und dem Himalaja. Italien werde ein Denkmal für Cesare Battisti auf denselben Fundamenten errichten, auf denen sich das Denkmal des deutschen Siegs erheben sollte. (Stürmischer Beifall.) Es sei ferner eine dumme Lüge, daß die italienische Regierung sich wegen der Kundgebungen italienischer Studenten gegen die Deutschen bei der deutschen Botschaft in Rom entschuldigt habe, oder daß die Weihnachtsbäume verboten worden seien.

Der **Boykott Italiens** durch deutsche Reisende, die in armseliger Kleidung nach Italien kommen, nicht um Geschenke zu machen, sondern um zu sparen, mache keinen Eindruck. Aber wenn dieser durchgeführt und wenn er von den verantwortlichen deutschen Behörden stillschweigend geduldet würde, so würde die italienische Regierung ihn **mit vielfach schärferen Maßregeln beantworten.** (Starker Beifall.)

Die Rede des Ministerpräsidenten Held sei **einfach unerhört; es sei unerhört, von brutalen Vergewaltigungen zu sprechen. Die Bewohner des oberen Trentino seien nach dem Friedensvertrag von St. Germain jetzt italienische Untertanen und haben sich den italienischen Gesetzen zu unterwerfen. Die Tschechoslowakei verfahre mit den Deutschen** in der Sprachenfrage noch ganz anders. Die Deutschen wissen noch nicht, was das faszistische Italien heißt. Die italienische Politik werde in der südtiroler Frage nicht eine Linie nachgeben. Der **Brenner** sei von der unfehlbaren Hand Gottes als Grenze gezeichnet. Die Deutschen in Südtirol seien gar keine nationale Minderheit, sondern ein **Volksüberbleibsel** von 180 000 Seelen, von denen 80 000 frühere Italiener seien, und diese 80 000 fordere das italienische Volk zurück. Die andern seien Ueberbleibsel bayerischer Einfälle, gegen die man die **römische Politik der Strenge** anwenden werde.

Er (Mussolini) wünsche, daß seine Rede als **politische und diplomatische Stellungnahme** aufgefaßt werde, namentlich von der **deutschen Regierung**, damit die italienische Regierung nicht zu einer **greifbaren** Antwort sich entschließen müsse. Gestern habe eine faszistische Zeitung die Ueberschrift gebracht: Italien wird die italienische Fahne auf dem Brenner niemals einziehen.“ Er (Mussolini) habe das Blatt mit dem Vermerk zurückgesandt: **„Das faszistische Italien kann nötigenfalls seine Fahne über den Brenner hinaustragen, aber niemals zurückziehen.“**

Mussolini wurde eine lange Huldigung dargebracht, und darauf wurde unter den Abgeordneten eine Sammlung für das Denkmal Cesare Battistis auf dem Platz von Bozen veranstaltet.

*

Große Anfrage im Reichstag über die Mussolini-Rede

Berlin, 8. Febr. Der B.Z. zufolge ist es nicht ausgeschlossen, daß die Regierungsparteien eine gemeinsame Große Anfrage über die Rede Mussolinis einbringen werden, die vermutlich noch durch Sonderanfragen einzelner Parteien ergänzt wird.

Wie die Blätter berichten, wird Reichsaußenminister **Dr.** Stresemann bei der Beratung der Großen Anfrage der Deutschnationalen über **Südtirol auch die Rede Mussolinis** beantworten.

*

Paris, 8. Febr. Gustave Hervé schreibt in der „Viktoire“: Haben unsere italienischen Freunde zu begreifen begonnen, warum es ihr direktes, persönliches Interesse ist, daß wir die militärische Grenze am Rhein und an der Schweiz, und von der Schweiz bis nach Holland halten, sei es auch nur, um es dem französischen Heere zu gestatten, die Boches an dem Tag an den Rockschößen festzuhalten, wenn Großdeutschland, verstärkt durch Oesterreich, ein großes Heer nach dem Brenner oder vielleicht sogar nach Rom entsenden will?

Der Pariser „Temps“ meint, Mussolinis Rede habe den großen Vorzug der Offenheit. Er habe am Vorabend vor Deutschlands Eintritt in den Völkerbund deutlich erklärt, daß die Hoffnungen Deutschlands, durch den Völkerbund im Krieg verlorene Gebiete wieder zu erlangen, trügerisch seien.

Die Kriegshetze Mussolinis ist aber manchen Pariser Blättern zuwider. So schreibt „Oeuvre“: Es ist eine Tatsache, daß Mussolini 300 000 Deutschen in Tirol verboten hat, ihre Sprache zu sprechen. Es ist eine Tatsache, daß er geschworen hat, sie zu veritalienern. Die Minderheiten schikanieren, Deutsche heute, Slaven morgen, trifft auch die französische Bevölkerung im italienischen Aosta-Tal.

Die konservative Londoner Presse ist vorsichtig. „Westminster Gazette“ meint, Deutschland könne ja seine Interessen jetzt im Völkerbund verfechten. Der liberale „Daily Expreß“ sagt, selbst wenn Italien im Recht und Deutschland im Unrecht wäre, könnte nichts den brutalen Ton und die Drohungen Mussolinis rechtfertigen. Eine solche Haltung sei vielleicht des italienischen Diktators, aber nimmermehr des italienischen Volks würdig.

Eine amerikanische Stimme

Die „World“ sagt in einem Leitartikel: Die Rede Mussolinis war ein unmittelbarer Aufruf an die Leidenschaften seiner Anhänger und die offene Erklärung feindlicher Absichten gegenüber den Deutschen. Wenn das der wahre Mussolini ist, dann ist in seinen politischen Plänen der Krieg ein Ausweg, zu dem er nur zu leicht greifen wird, und eine Gefährdung des europäischen Friedens ist ihm weniger wesentlich als der Beifall der Faszisten.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Deutscher Reichstag

Stresemann antwortet Mussolini am Dienstag

Berlin, 8. Februar.

155. Sitzung. Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt Reichsaußenminister Dr. **Stresemann** das Wort. Er verweist darauf, daß in der Samstagsitzung der italienischen Kammer **Mussolini** Ausführungen gemacht habe, die das **Verhältnis Italiens zu Deutschland berühren.** Die Reichsregierung hat, so erklärt Dr. Stresemann, den dringenden Wunsch, zu diesen Ausführungen sobald als möglich Stellung zu nehmen. Sie wäre dem Hause dankbar, wenn die **deutschnationale Anfrage über die Vorgänge in Südtirol** auf die Tagesordnung der morgigen Dienstagsitzung gesetzt würde (lebhafter Beifall).

Präsident **Loebe** stellt fest, daß die Tagesordnung zwar erst am Schluß der Sitzung festgesetzt werde, daß aber das Haus wohl dem Wunsche der Reichsregierung nachkommen werde (Zustimmung).

Abg. **Schütz** (Komm.) verlangt sofortige Behandlung der Erwerbslosenfrage.

Abg. **Aufhäuser** (Soz.) kündigt an, daß seine Fraktion am Dienstag Anträge zur Erwerbslosen- und Kurzarbeiter-Versorgung überreichen werde. Der kommunistische Gesetzentwurf wird darauf dem sozialpolitischen Ausschuß überwiesen.

Zur Verhandlung steht dann der Ausschußbericht über die **Rechtsverhältnisse der Reichsbahn.** Der Ausschuß schlägt eine Entschließung vor, in der die derzeitige Personalpolitik der Reichsbahn **mißbilligt** wird, weil die im Reichstag abgegebenen Erklärungen und Zusicherungen nicht eingehalten werden. Die Reichsregierung wird ersucht, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, damit die Rücküberführung von kündbaren Beamten in das Arbeiterverhältnis endlich aufhört, der weitere Massenabbau von Beamten und Arbeitern eingestellt wird. Personalvertreter sollen in den Verwaltungsrat berufen werden. Anträge aller Parteien fordern **die Reichsregierung auf, für die Wahrung der Rechte der Beamten und Arbeiter der Reichsbahn Sorge zu tragen.**

Neuestes vom Tage

Kabinettsrat über die Völkerbundsanmeldung

Berlin, 8. Febr. Heute vormittag 11 Uhr trat unter dem Vorsitz des Reichskanzlers der Kabinettsrat zusammen, um die Anmeldung zum Völkerbund fertigzustellen. Die Sitzung sollte ursprünglich unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten von Hindenburg stattfinden. Es ist nicht bekannt, warum der Reichspräsident den Vorsitz abgelehnt hat.

Der Wortlaut der Anmeldung wird erst veröffentlicht, wenn das Schriftstück in Genf eingetroffen ist.

Der Eintritt in den Völkerbund — Zustimmung der Länder

Berlin, 8. Febr. Amtlich wird ein kurzer Bericht über die Beratungen der Ministerpräsidenten und des Reichskabinetts über die Anmeldung zum Völkerbund am Samstag veröffentlicht. Danach erhoben die Vertreter verschiedener Länder gegen den Eintritt Bedenken. Es wurde jedoch erklärt, daß wenn der Eintritt schon angemeldet werden solle, so werde seitens der Länder alles geschehen, was die Stellung Deutschlands im Völkerbund zu stärken geeignet sei.

Nach dem „Tag" wird die Reichsregierung in der Anmeldung wieder auf die verschiedenen Voraussetzungen für den Eintritt hinweisen, die in früheren deutschen Erklärungen und Noten enthalten waren.

Der Streit bei der Reichsbahn

Berlin, 8. Febr. Vertreter der eigentlichen Beamtenverbände der Reichsbahn hatten eine Besprechung mit dem Verwaltungsrat, in der u. a. die Personalordnung behandelt wurde. Der Verwaltungsrat hat, wie eine Korrespondenz mitteilt, zugesagt, einige umstrittene Punkte zunächst auszusetzen und von der Hauptverwaltung Unterlagen für die Neuordnungen einzuholen. Die drei großen Verbände der Eisenbahnarbeiter berieten heute über ihre endgültige Stellungnahme in dem Schiedsgerichtsstreit.

Schutzpolizei für das befreite Gebiet

Köln, 8. Febr. Aus Berlin trafen heute nachmittag mit Sonderzug zwei Kompagnien Schutzpolizei in Köln ein, wo sie feierlich empfangen wurden. Weitere 4½ Kompagnien für das übrige Gebiet werden demnächst folgen.

Mordtat eines Schutzpolizeibeamten.

Karlsruhe i. B., 8. Febr. Am 26. 4. 1925, dem Tag der Reichspräsidentenwahl, hatte der Polizeiwachtmeister Beitze von Durlach, in Reichsbannerkleidung mit seiner Dienstpistole ohne Anlaß auf völkische Anhänger der Nationalsozialistischen Partei geschossen, wobei er einen jungen Mann aus Durlach tödlich verletzte. Reitze wurde nun wegen erschwerten Landfriedensbruchs und Körperverletzung mit Todesfolge zu der milden Strafe von 1 Jahr Gefängnis abzüglich 8 Monaten Untersuchungshaft und zur Tragung der Kosten verurteilt. Der Antrag auf Aufhebung des Haftbefehls wurde abgelehnt.

Kämpfe in Damaskus

Paris, 8. Febr. Die Drusen machten einen neuen Angriff gegen Damaskus und drangen in die Stadt ein. Die Franzosen mußten sich mit Panzerwagen verteidigen.

In Marokko wird ein Angriff Abd el Krims an der nördlichen Tazafront erwartet.

Württemberg

Kundgebung von Handel und Industrie gegen die Steuerlasten

Stuttgart, 8. Febr. Im überfüllten Stadtgartensaal fand am Sonntag eine Kundgebung der Industrie und des Handels in Württemberg gegen die Steuerbelastung statt. Den Hauptvortrag hielt Direktor Dr. Keßler (Maschinenfabrik Eßlingen) über die Steuernot.

Im Reich und in den Einzelstaaten wurden 1924 3 Milliarden mehr an Steuern aus der Wirtschaft herausgezogen, als in den ursprünglichen Haushaltplänen vorgesehen war und dieses Aufkommen wurde Ausgangspunkt der Steueranforderungen für die Folgezeit, so daß heute an Steuern und sonstigen Abgaben 10—12 Milliarden Mark aufgebracht werden müssen gegenüber von etwa 4,75 Milliarden vor dem Krieg. Hiezu kommen noch die Dawes-lasten mit stark einer halben Milliarde (1926), 188 Mill. auf Grund der Industriebelastungsgesetze und 2,25 Milliarden Soziallasten (gegen 1,25 vor dem Krieg), insgesamt also über 13 Milliarden jährlich, obgleich Vermögen und Einkommen sich in gefährlicher Weise verringert haben. Mindestens 40 v. H. des verminderten Volkseinkommens, oft sogar der volle Ertrag werden durch Steuern und Abgaben aufgezehrt. Diese Lasten kann der kranke Wirtschaftskörper unmöglich tragen, und er treibt dem Abgrund zu. Die Ausgaben im Reich, Staaten und Gemeinden sind viel zu hoch. Wie es bei uns aussieht, lehren die 16 000 Konkurse und Geschäftsaufsichten des Jahres 1925, von den sonstigen Auflösungen und privaten Vergleichen ganz abgesehen. Im Januar 1926 waren es 3600 Zahlungseinstellungen; wenn es so weiter geht, werden es in diesem Jahr 50 000 werden. Im letzten Dezember hatten wir 30 000 Wechselproteste. Zu der Arbeitslosigkeit das gesteigerte Risiko der Kreditgewährung. Unser Volk muß fast 5 Monate im Jahr arbeiten, um nur die Steuern, die Dawesabgaben usw. aufzubringen. Die deutschen Herstellungskosten sind durch den teuren Kredit und die steuerliche Vorbelastung über die Weltmarktpreise gestiegen. Die Wirtschaftskrise ist nicht allein durch die deutsche Steuerpolitik verursacht worden, aber diese hat den entscheidenden Anstoß gegeben. Es muß in der Verwaltung mehr gespart werden; ein planmäßiger Abbau von Beamten und Parlamentariern ist nicht zu umgehen. Die Finanzverwaltung kostet das deutsche Volk zu viel; die Hälfte sämtlicher Reichsbeamten sind Steuerbeamte, ihre Gehälter verschlucken zwei Drittel sämtlicher Personalausgaben der ganzen Reichsverwaltung, das ist das gesamte Jahresaufkommen der Vermögenssteuern. In Württemberg entfallen von 190 Millionen Staatsbedarf über 109 Millionen auf den Personalaufwand. Für Besoldungen geben Reich, Staaten und Gemeinden etwa 8,25 Milliarden aus. Ein Steuerabbau von 20 bis 25 v. H. sei nötig und möglich. Sonderbar berühre es, daß die Stadtgemeinden mit ihren Steuerüberschüssen noch Grundbesitz in großem Ausmaß erwerben.

Nach einer ausgedehnten Aussprache wurde eine Entschließung angenommen, in der gründliche Vereinfachung der Steuern und der Steuerverwaltung, wesentliche Einschränkung der öffentlichen Ausgaben und Herabsetzung der Steuern auf ein erträgliches Maß, mindestens um 20 v. H., verlangt wird. Die Uebung der letzten Jahre, daß die Steuern ohne Rücksicht auf Wirtschaftserträge veranlagt und dadurch die natürlichen Zusammenhänge zwischen Steuer und Wirtschaft zerrissen werden, müsse aufgegeben werden.

Die Landwirtschaftliche Woche 1926

Die württembergische und hohenzollernsche Landwirtschaft hat sich für die Tage vom 6.—8. Februar in Stuttgart zu beruflichen und wirtschaftspolitischen Beratungen zusammengefunden. Die Bedeutung der Veranstaltungen und der Ernst der Lage der Landwirtschaft ergibt sich aus der Fülle der Tagungen, die innerhalb der „Landwirtschaftlichen Woche" angesetzt worden sind.

Der Landesausschuß des Hauptverbands tagte am Samstag ab nachm. 2 Uhr im großen Sitzungssaal der früheren 1. Kammer. Nach einigen Erläuterungen zu dem Tätigkeitsbericht durch Generalsekretär dipl. agr. Hummel, der Erstattung der Rechnung 1925 und der Entlastungserteilung wurde Domänenpächter a. D. Dietlen-Tübingen mit großer Mehrheit wieder zum Vorsitzenden gewählt. Die Wahl des 1. Stellvertreters fiel auf Landtagsabg. Strahl-Konradsweiler, die des Stellvertreters auf Landtagsabg. Dingler-Calw. In dem anschließenden Bericht über die Auswirkung der neuen Steuergesetze verbreitete sich Verbandssekretär Dr. Zeltner über die Einkommen- und Umsatzsteuer. Einstimmig angenommen wurde folgende

Entschließung.

Die württ. und hohenz. Landwirtschaft empfindet das neue Einkommensteuergesetz für die Mittel- und Kleinbetriebe ungerecht, da diese unverhältnismäßig hoch zur Einkommensteuer und damit auch zu anderen Steuern herangezogen werden, wenn sie mit ihren eigenen erwachsenen Kindern wirtschaften. Für jedes im Betrieb mitarbeitende Kind ist ein Betrag von der Einkommensteuer freizulassen, welcher dem steuerfreien Betrag der Lohnempfänger entspricht.

Es ist notwendig, daß die Veranlagung zur Einkommensteuer, Umsatzsteuer und Vermögenssteuer auch im einzelnen einheitlicher und gerechter durchgeführt wird. Hierzu erscheint es tunlich,

1. daß die Musterschätzungen der Finanzämter und die Festlegung der Richtsätze mit den Ausschüssen der Landw. Bezirksvereine beraten werden, da sie den besten Ueberblick über die Verhältnisse in der Landwirtschaft im Bezirk haben;

2. daß die Finanzämter eingehende Anleitungen über die Festlegung der Richtsätze, über die Behandlung der verschiedenartigen Zuschläge und Abzüge, die Berücksichtigung von Schaden- und Krankheitsfällen u. a. vom Landesfinanzamt erhalten, zu deren Ausgestaltung die landwirtschaftlichen Organisationen maßgebend gehört werden;

3. daß vor der Veranlagung Steuererklärungen abgegeben werden können.

Notwendig ist die Belehrung der von den Finanzämter zugezogenen Landwirte.

Die Versammlung bedauert, daß zur Festlegung der Umsatzsteuerrichtsätze für das 4. Vierteljahr 1925 der Landw. Hauptverband nicht zugezogen wurde.

An der Aussprache über die Steuern nahm auch Finanzminister Dr. Dehlinger teil. Der Minister bestätigte die bei den behandelten Reichssteuern mangelnde Berücksichtigung der besonderen württembergischen Verhältnisse und stellte fest, daß das Württ. Finanzministerium bei der Vorbereitung dieser Gesetze in keiner Weise befragt wurde. Herrmann-Blaufelden regte die Nachprüfung der Steuerverteilung an.

Stuttgart, 8. Febr. Staatsvereinfachung und Sparausschuß. Der Abg. Rath (D.Vp.) hat zu den bevorstehenden Beratungen über Staatsvereinfachung und Gestaltung des Staatsministeriums folgende Kleine Anfrage eingebracht: „Für eine sachgemäße Beurteilung der beiden Gesetzesentwürfe über das Staatsministerium usw. und die Staatsvereinfachung erscheint es notwendig, schon jetzt von den einschlägigen Anträgen des sog. Sparausschusses Kenntnis zu erhalten. Ist das Staatsministerium in der Lage, den Landtag von dem Stand der Arbeiten dieses Ausschusses in geeigneter Weise zu unterrichten?"

Der Karnickelbaron

15] Humoristischer Roman von Fritz Gantzer

Herr Johannes war auch verletzt. Trotz aller Unterwürfigkeit erwiderte er „submisseft": „Nein, Herr Amtsrichter. Dazu reicht's bei mir nicht mehr aus." Er hob das „mir" sehr scharf hervor, und es lag nahe, weiter zu denken: Aber vielleicht heiratest du Fräulein Laura mit ihrem Grünen. Du wohnst ja dort.

Denn das wußte der Sekretär längst. Und es hatte ihn nicht gerade angenehm berührt, als er es durch Kublicke erfahren. Er gönnte es niemandem, auf dem grünen Sofa zu sitzen. Selbst dem neuen Chef nicht.

Der war längst in das Nebengemach getreten, um endlich die beiden noch übrigen Beamten vom Bütenhagener Amtsgericht kennen zu lernen: den Registrator Klemens Wendel und den Kanzlisten David Manzke.

Ein langes, dürres Register schoß in die Höhe, und ein kleines, verhutzeltes, buckliges Männchen kletterte mühsam von seinem Schreibsessel herab, als Eberty mit seinem jetzt plötzlich in Dienstfalten gelegten Gesicht in den Raum trat.

Der Lange hatte lustige, flinke Augen, die überall waren, und sein lichtblondes Haar stand wie eine starre Bürste in der Fülle und Kraft seiner sechsundzwanzig Jahre. Ein ganz hübscher Kerl. Aber er schien wirklich etwas vom „Windhund" an sich zu haben, und die Augen blickten trotz aller aus ihnen leuchtenden Gutmütigkeit ein klein bißchen „frech".

Frech nicht, aber auch nicht „submisseft", sondern mit unverhohlener Neugierde, die zu fragen schien: Na, was wirst du uns sein? suchten sie jetzt im Gesicht des neuen Chefs. Ueber dessen Züge war beim Anblick des krüppligen, sich mit einer Verbeugung abquälenden David Manzke ein warmes Licht gütigen Mitleids geglitten. Nun aber, da er zu dem Langen hinübersah, dominierte schon wieder die Amtsmiene in ihnen. Wendet schien nicht besonders befriedigt. Er schob die Unterlippe ein wenig vor und ließ die Stirnfalten ein paarmal auf- und abklappen. Das war so eine Gewohnheit, wenn etwas sein Bedenken oder sein Mißfallen erregte. Er war immerhin sehr zufrieden, daß die strengen Dienstaugen Ebertys sich, nachdem dieser einige belanglose Fragen an ihn gerichtet hatte, nicht eingehender mit seinem Pulte beschäftigten. Hier sah es nicht besonders nach Ordnung aus, und außerdem lag dort ein für Mariechen Kublicke vor kurzem begonnener Liebesbrief. Der Amtsrichter schaute schon den kleinen David an, der ein hilflos verlegenes Lächeln in seinen matten, wasserblauen Augen trug und mit den langen, spinnendürren Fingern der Rechten nervös an einem Knopfe seines abgeschabten Bureaurockes drehte.

„Wird's Ihnen nicht sauer, den ganzen Tag vor dem Pult zu sitzen?" fragte ihn Eberty gütig.

David errötete wie ein junges Mädchen, vor Freude und Dankbarkeit. So teilnahmvoll hatte kaum je einer zu ihm gesprochen. „Man ist es gewöhnt, Herr Amtsrichter," konnte er endlich hüstelnd erwidern. „Ich sitze seit meinem sechzehnten Jahre auf dem Schreibstuhl und muß es nun schon zwanzig Jahre tun. Man gewöhnt sich daran, Herr Amtsrichter."

Und wieder glühte eine helle Röte über sein eingefallenes, bartloses Gesicht hin. Jetzt schien's fast eine hektische, krankhafte.

Eberty hielt sie für eine solche. „Sie sollten mal ausspannen, lieber Manzke. Wann hatten Sie zum letztenmal Ihren Urlaub?"

„Ich möchte keinen Urlaub, Herr Amtsrichter," wehrte der Gefragte ängstlich ab. „Ich kann ohne meinen Schreibstuhl und ohne Akten nicht leben."

Der pflichttreue Wurm sah ganz unglücklich aus, daß man von Urlaub zu ihm sprach.

„Sie sollten es sich aber überlegen," riet Eberty. Mit einem kurzen Nicken zu dem Registrator hin und einem warmen Blick auf den kleinen David entfernte er sich, um sich nach nunmehr beendetem Rundgange wieder in sein Zimmer zu begeben, wo er noch eine Weile die für ihn durch Kublicke bereits zurechtgelegten Akten durchblätterte. Ohne eigentliches Interesse. Das war bei allem möglichen. Nicht zuletzt bei dem Vergleich: Berlin—Bütenhagen.

In dem Zimmer, das die Pulte Wendels und Manzkes beherbergte, war gleich, nachdem der neue Chef sich entfernt hatte, ein leises belustigtes Lachen des langen Registrators aufgeschwirrt, dem die wenig schmeichelhafte Bemerkung: „Manzke, Sie sind verrückt!" gefolgt war. Er hatte dem verlegen lächelnden Kanzlisten dann einen langen Vortrag über die Annehmlichkeiten eines Extraurlaubs gehalten und ihm aufgezählt, was er während solch einer goldenen Zeit tun würde. Aber ihm böte natürlich kein Mensch so etwas an. Wie überhaupt alles Gute und Schöne an ihm konsequent vorüberginge. Er sei kein Günstling der Götter.

Dieses Thema hatte er eine Viertelstunde lang variiert, zwischendurch der begonnenen Liebesepistel für Mariechen einige Sätze hinzufügend.

Er kannte Kublickes holde Einzige natürlich längst, aber sein Begehren stand erst seit acht knappen Tagen nach ihr. Am vorletzten Sonntag war sie ihm im Feiertagsschmuck auf einem Spaziergange im Bürgerwäldchen, nach Dramburg zu, in Begleitung ihrer Eltern begegnet und hatte sein augenblicklich besitzloses Herz entflammt. Und nun lief er schon Sturm und schrieb ihr nach einigen ergebnislos verlaufenen Annäherungsversuchen den ersten glühenden Liebesbrief mit tausend Treuschwüren und der zehnfachen Zahl an Versicherungen, daß er ohne sie nicht leben könne.

Er war fast am Ende der vierten Seite, als Wilhelm Kublicke erschien, um ihn über den Eindruck, den der neue Alte auf ihn gemacht habe, zu interpellieren.

„Na?" fragte Kublicke nur, pfiffig lächelnd.

„Ach, du meine Güte!" Wendel warf die Feder hin und sprang auf, nachdem er ein Löschblatt über den Briefbogen geschoben hatte. „Wir haben uns anscheinend nicht berühmt verheiratet, Vater Kublicke,... Schwiegervater, hätte ich beinahe gesagt. Manzke meint ja zwar, der Alte sei ein gütiger Engel, ein reizender Mensch. Nicht wahr, Davidchen?"

Der lächelte in sein Aktenstück hinein und schrieb hastiger, als treibe ihm das böse Gewissen die Feder über das Papier. Und der lange Registrator fuhr fort: „Aber ich bin nicht für'n Dreier begeistert. Mich hat er in einem fort angesehen, als wollte er mich bis auf die Nieren prüfen und sagen: „Na, Bürschchen, du scheinst mir der beste Bruder auch nicht. Ich glaube, der treibt uns die Bummelei, die uns von dem alten Briefewetter her noch in den Gliedern liegt, mit 'nem lustigen Hurra aus. Passen Sie auf, Vater Kublicke!"

„Na ja, wer gebummelt hat! Ich nich."

„Ich etwa? Höchstens Manzke. Nicht wahr, Davidchen?"

„Sie spaßen, Herr Registrator," warf der kleine Kanzlist schüchtern hin und sah hilflos zu Kublicke hinüber.

„Nee, Davidchen hat's Dienstreff immer gesetzt gehabt. Beim ollen Briefewetter schon. Un ich ooch."

(Fortsetzung folgt)

Stuttgart, 8. Febr. Keine neue Klassifizierung des Fleisches. In Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse in Württemberg beschloß der Vorstand des Bezirksvereins Württemberg im Deutschen Fleischerverband eine neue weitere Klassifizierung der Fleischstücke nicht zu empfehlen. Gleichzeitig wurde beschlossen, von der Veranstaltung eines Obermeistertags abzusehen und die schwebenden Fragen auf dem diesjährigen Bezirkstag zu verhandeln.

Todesfall. Der frühere Schriftleiter am Deutschen Volksblatt Gustav Hanser ist in der Nacht zum Sonntag an einem Herzschlag gestorben. Hanser stand 11 Jahre lang im Dienst des Deutschen Volksblattes, wo er als Nachfolger Erzbergers im Jahr 1904 eintrat. Von 1906—1924 gehörte Hanser auch dem Landtag an.

Eine Festgabe. Der Schwäbische Albverein hat aus Anlaß des 70. Geburtstags seines Vorsitzenden Professor Eugen Nägele eine Festnummer herausgegeben, die hübsche Zeichnungen von Felix Hollenberg, Reinhold Nägele, Hedwig Ströhmfeld und H. Lehmann enthält.

Zu der Strandbad-Frage. Die Arbeitsgemeinschaft der kath. Vereine Stuttgarts hat zu der Strandbad-Frage in der kommenden Badesaison eine Eingabe an die Stadtverwaltung gerichtet, in der für Frauen und Männer getrennte Badeplätze, sowie Bekämpfung des sog. „wilden Badens" gefordert wird.

Tabaksteuerhinterziehung. Ein Zigarettengroßhändler namens Bissinger aus Mannheim hat durch Tabaksteuerhinterziehung die Steuerverwaltung (Fälschung der Zigarettenbanderole) um Millionen geschädigt. Bissinger ist nach Bregenz entflohen. Er arbeitet zusammen mit einem Ehepaar Schording aus Frankental. Dieses wurde vom hiesigen Schöffengericht wegen Tabaksteuerhinterziehung zu je 473 024 Goldmark Geldstrafe verurteilt.

Cannstatt, 8. Febr. 80 Geburtstag. Der Erfinder der Maybach-Motoren Oberbaurat Dr. ing. Maybach, begeht hier morgen seinen 80. Geburtstag.

Aus dem Lande

Ludwigsburg, 8. Febr. Kirchturmkletterer. Der Unfug zu mitternächtlicher Stunde den Kirchturm zu besteigen, der meist von Wetten am Biertisch herrührt, macht hier und in der Umgebung Schule. Auch in der Nacht zum Freitag erkletterte ein junger Mann in Oßweil den Kirchturm. Er wurde sofort in Polizeigewahrsam genommen.

Heilbronn, 8 Febr. Die Unterschlagung bei der Oberamtssparkasse. Der Kaufmann Hans Bauer, der einen Handel mit Mineralölen in der Schmidtbergstraße betreibt, ist der Geschäftsmann, den Obersekretär Schrezenmaier mit dem fremden Geld versah, das er durch Buchungsschiebungen veruntreute. Bauer hat natürlich von dem unrechtmäßigen Erwerb Kenntnis gehabt; er hat für das Geld u. a. große Mengen Benzin angekauft und macht geltend, daß er durch dessen sofortigen Verkauf die Unregelmäßigkeiten zu decken in der Lage gewesen wäre. Tatsächlich hat er auch große Verkäufe getätigt, aber das Geld dafür blieb aus. Bisher sind 45 000 Mark als veruntreut festgestellt worden. Bauer wurde verhaftet. Des ferneren wurden auch der unständige Hilfsmeister Dobmaier und der Hausverwalter Krauß in Untersuchungshaft genommen.

Heilbronn, 8. Febr. Geländet. Die Leiche des beim letzten Hochwasser in den Neckar geratenen Metzgermeisters und Wirts Gustav Widenmayer von Nordheim wurde am Rechen der Schaeufflelenschen Papierfabrik hier geländet.

Aalen, 8. Febr. Das Schwäbische Sängerfest. Die diesjährige Mitgliederversammlung des Schwäb. Sängerbunds findet hier am 18. April statt. Ulm und Friedrichshafen bewerben sich um das nächste allgemeine Schwäb. Liederfest. Der engere Ausschuß beabsichtigt im Jahr 1927 einen Bundesausflug an den Bodensee zu machen mit großem Konzert in einer der Zeppelinhallen und das Preiswettsingen 1929 in Ulm abzuhalten.

Heidenheim, 8. Febr. Neue Schulstellen. An den hiesigen evangelischen und katholischen Volksschulen müssen vom Frühjahr an mehrere neue Stellen errichtet werden, weil die Schülerzahl ihre frühere Stärke wieder erreicht hat.

Die Stadtverwaltung läßt im neu erbauten Schafhaus an der Straße nach Zwang eine schöne Jugendherberge errichten.

Aus Stadt und Land

Nagold, 9. Februar 1926.

Der Mensch rechnet immer das, was ihm fehlt, dem Schicksal doppelt so hoch an, als das, was er wirklich besitzt. G. Keller.

*

Vom Rathaus.

Die nächste öffentliche Gemeinderatssitzung findet am Mittwoch, den 10. ds. Mts., nachm. 5 Uhr statt.

Generalversammlung des Krankenunterstützungsvereins Nagold.

Der Krankenunterstützungsverein hielt am Samstag abend 8 Uhr seine jährliche Generalversammlung im Gasth. z. „Anker". Vorstand Egeler begrüßte die erschienenen Mitglieder und erteilte sodann dem Schriftführer Raaf das Wort zur Erstattung des Jahres- und Rechenschaftsberichts. Hienach betragen die Einnahmen 869.85 ℳ, die Ausgaben 743.68 ℳ, sodaß ein Kassenbestand von 126.17 ℳ zu Buch steht. Die Mitgliederzahl beträgt 159 aktive und 8 Ehrenmitglieder. Die Belege und Rechnungsbücher stimmen überein und wird daher dem Kassier Müller Entlastung erteilt. Der Vorstand gedenkt hierauf der im verflossenen Jahre verstorbenen Mitglieder und fordert die Versammlung auf, zum ehrenden Andenken sich von den Sitzen zu erheben. Bei den nun folgenden Wahlen wurden Vorstand, Kassier, Schriftführer und sämtliche Ausschußmitglieder einstimmig durch Akklamation wiedergewählt. Ein Antrag auf Erhöhung der Monatsbeiträge von 30 auf 50 ₰ und dafür auch des täglichen Unterstützungsgeldes auf 50 ₰ wird nach lebhafter Debatte in geheimer Wahl erledigt. Es wird jedoch mit großer Mehrheit beschlossen, es vorerst beim Alten zu belassen. Zum Schluß fordert der Vorstand die Anwesenden auf, die noch fernstehenden Einwohner zum Beitritt in den Verein aufzufordern. Der Verein verfolgt ja ausschließlich wohltätige Zwecke, Unterstützung kranker Mitglieder und Gewährung von Sterbegeld bei Todesfällen gegen einen geringen Monatsbeitrag von 30 ₰. Die wirtschaftlich besser gestellten Mitglieder (Ehrenmitglieder) geben den Beitrag ohne Anspruch auf Unterstützung, auch erhält der Verein ab und zu von hochherzigen Spendern namhafte Gaben, da er sonst nicht bestehen könnte und sei auch an dieser Stelle den edlen Gebern herzlicher Dank gesagt. Es wäre zu wünschen, daß dem Verein noch viele Ehrenmitglieder beitreten möchten, um das segensreiche Werk der Krankenunterstützung auch fernerhin weiterführen zu können.

Aufnahme in Klasse I der Latein- und Realschule.

Es wird auf die Anzeige betr. Aufnahmeprüfung in Kl. I der Lat.- und Realschule hingewiesen. An der Prüfung können sich Schüler(innen) aus der 4. oder einer höheren Volksschulklasse beteiligen. **Eine besondere Vorbereitung ist nicht nötig.** Aus der 3. Volksschulklasse können Schüler, die einen einwandfreien Gesundheitszustand aufweisen und im Kenntnisstand einen Leistungsdurchschnitt von 6,0 und darüber erreicht haben, zunächst ohne Prüfung auf Probe in Kl. I eintreten. Wir machen darauf aufmerksam, daß die Lat.- und Realschule Nagold 6 Klassen hat und zur Schluß- (Einjährigen)prüfung führt.

Vortrag Dr. med. Büsching.

Nochmals sei auf den heute abend 8 Uhr im Vereinshaus stattfinden Vortrag von Dr. med. Büsching über „Ein Arzt zur Sittlichkeitsfrage" aufmerksam gemacht. Die Frage, die hier zur Besprechung kommen soll, bewegt in unserer heutigen Zeit mit ihrem Kampf der Geister und ihren äußeren und inneren Lebensschwierigkeiten, in die wir hineingestellt sind, jeden denkenden und nach dem Rechten strebenden Mann und jede um ihr und ihres Volkes Glück sorgende Frau. Der Vortrag gibt Gelegenheit die Antwort eines Kundigen zu hören. Um eine freiwillige Gabe zur Deckung der Kosten beim Eintritt wird gebeten. Die Schriftenauslage wird gleich bei Eintritt der Beachtung empfohlen. (S. Anzeige im Gesellschafter v. 8. Febr.)

Stenographenverband „Gabelsberger".

Vom Württembergischen Stenographnnverband „Gabelsberger", der seit 1925 die deutsche Reichskurzschrift vertritt, erhalten wir folgende Zuschrift.:

Nach den Weihnachts- und Neujahrsferien hat mit dem Schulbeginn allenthalben wieder die stenographische Unterrichtstätigkeit eingesetzt. Die Eröffnung von Anfängerlehrgängen stellt viele vor die Frage, welches Stenographiesystem sie erlernen sollen. Es dürfte daher angezeigt sein, auf einige Verfügungen hinzuweisen, welche am deutlichsten dartun, wie es mit der Einführung der deutschen Einheitskurzschrift steht. Vor allem sei erinnert an den Erlaß des Württ. Ministeriums des Kirchen- und Schulwesens, veröffentlicht im Amtsblatt vom 23. Oktober 1925, in welchem es heißt: „Es wird bestimmt, daß vom Beginn des Schuljahres 1926/27 ab an allen dem Ministerium unterstellten Schulen der Unterricht in Kurzschrift nur noch nach dem System der deutschen Einheitskurzschrift erteilt werden darf". — Der erste Paragraph der Verfügung des Württ. Staatsministeriums vom 27. Okt. 1925 lautet: „Vom 1. Okt. 1926 an darf im staatlichen Schreib- und Kanzleidienst nur noch die deutsche Einheitskurzschrift verwendet werden". — Die Verordnung des Reichspostminsteriums vom 24. Nov. 1925 beginnt mit den Worten: „Vom 1. April 1926 an müssen Anwärter für den gehobenen mittleren und höheren Dienst der Deutschen Reichspost beim Eintritt in den Verwaltungsdienst die Kenntnis der Einheitskurzschrift besitzen" — und an anderer Stelle heißt es: „Beamte, die bis zum 1. April 1926 das 30. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, haben sich bis zu diesem Tage die Kenntnis der Einheitskurzschrift anzueignen". — Aehnlich lauten die Verfügungen der Deutschen Reichsbahngesellschaft, des Justizministeriums, des Reichsbankdirektoriums usw.

Damit ist der Weg gewiesen, den alle diejenigen zu beschreiten haben, welche Anspruch auf Verwendung auf irgend einem der vorstehend aufgeführten Gebiete erheben. Es ist ferner aber auch die Garantie dafür geboten, daß etwaige spätere Verbesserungen des neuen Systems nur auf dem Weg über das Reich und durch dieses vorgenommen werden können.

Der Altbesitz in Reichs- und Staatspapieren muss zur Aufwertung angemeldet werden.

Ablösung der vormaligen württ. Staatsschuldenverschreibungen

Die Altbesitzer der vormals Württ. Staatsschuldenverschreibungen Lit. A bis W, EE bis HH und Serien 1 bis 30 werden durch eine amtliche Bekanntmachung darauf hingewiesen, daß die Anmeldefrist zum Umtausch in Ablösungsanleihe des Reichs und zur Gewährung der Auslosungsrechte am 28. d. Mts. abläuft. Die Anmeldung erfolgt für Inhaberstücke bei den Vermittlungsstellen (Bank, Sparkasse), für die auf Namen umgeschriebenen Stücke dagegen unmittelbar bei der Württ. Staatsschuldenkasse in Stuttgart, Kronprinzstraße 5, wo besondere Anmeldevordrucke für Namenschuldverschreibungen erhältlich sind. Anmeldungen unter 500 Mark Nennwert sind zwecklos. Neubesitz ist noch nicht anzumelden.

Die vormals Württ. Staatsschuldbuchforderungen werden von Amtswegen in das Reichsschuldbuch übergeführt, worüber der Gläubiger Nachricht von der Reichsschuldenverwaltung erhalten wird; hiebei werden auch die Auslosungsrechte von Amtswegen zugeteilt, soweit der Altbesitz aus dem Schuldbuch oder den Schuldbuchakten ersichtlich ist, insbesondere also bei den schon vor 1. Juli 1920 für den jetzigen Gläubiger eingetragenen Forderungen. Nur soweit dies nicht zutrifft, sind die Altbesitzansprüche umgehend bei der Württ. Staatsschuldenkasse anzumelden und näher zu belegen. (Fristablauf: 28. ds. Mts.).

*

Eutingen, 8. Febr. **„Musikerverband Neckar-Schwarzwald-Gau".** Der vor kurzem in Hochdorf gegründete „Musikerverband Neckar-Schwarzwald-Gau" hielt am gestrigen Sonntag im „Lamm" hier seine erste Gauversammlung ab. Als provisorischer Vorsitzender eröffnete Herr Axt-Lützenhardt die Versammlung und übergab dann nach endgültiger Abstimmung dem schon in der letzten Zusammenkunft als Vorsitzender vorgeschlagenen Herrn Frey aus Nagold den Vorsitz. Nach Verlesung des Protokolls über die erste Zusammenkunft wurden die Herren Hailer-Freudenstadt als Schriftführer und Herr Maier-Horb als Kassier gewählt. 2. Vorstand ist Herr Burz-Ahldorf. Der Punkt Beisitzer (Delegierte) nahm längere Zeit in Anspruch und wurde schließlich so geregelt, daß Kapellen unter 15 Mann 1 Vertreter, Kapellen über 15 Mann 2 Vertreter zu den Sitzungen stellen. Auch der Punkt „Eintrittsgeld", „Mitgliedsbeitrag" rief rege Diskussion hervor, wurde aber durch den Vorschlag von H. Burz zur Zufriedenheit aller erledigt. Von der Wahl eines Gaudirigenten wurde nach reger Diskussion Abstand genommen, da die Herren, die in Betracht gekommen wären, von vornherein ablehnten, sich aber bereit erklärten, jedem Verein mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, nämlich H. Weinmann-Horb für den Horber Bezirk, H. Tumma-Freudenstadt für den Bezirk Freudenstadt und H. Maier-Altensteig für die Nagolder Gegend. Die Kapelle Eutingen trug bei dieser Versammlung durch ihre wirklich ansprechenden Weisen angenehm zum guten Verlauf der Versammlung bei.

Horb, 8. Febr. Wiederaufnahme der Arbeit. Am Montag wurde im Werk Horb der Kienzle-Uhrenfabriken die Arbeit wieder voll aufgenommen.

Freudenstadt, 8. Febr. Ein Betrüger. Der ledige 23 J. a. Reisende Robert Seifert von Bratsch, früher wohnhaft in Freudenstadt, hat eine Anzahl Bewohner des hiesigen Oberamtsbezirks dadurch betrogen, daß er als Untervertreter einer Zeitschrift Abonnenten geworben hat und sich von diesen unbefugt Anzahlungen leisten ließ.

Neuenbürg, 8. Febr. Erwerbslosenzahl. Am 1. Februar 1926 waren im hiesigen Bezirk 934 unterstützte Erwerbslose mit 1015 Zuschlagsempfängern vorhanden. Gegenüber dem Stand vom 15. Januar 1926 ergibt sich ein Zuwachs von 217 Erwerbslosen.

Oberndorf OA. Herrenberg, 8. Febr. Masern. **Die Kleinkinderwelt ist immer noch von den Masern befallen. Innerhalb 2 Tagen sind 3 Todesfälle zu verzeichnen.**

Stammheim, 8. Febr. **Aufwertung.** Der Darlehenskassenverein hat in seiner am 26. Januar stattgefundenen gutbesuchten außerordentlichen Generalversammlung die freiwillige Aufwertung seiner Gläubigereinlagen mit 12,5 Prozent mit großer Stimmenmehrheit beschlossen. Die Verzinsung und Rückzahlung des Aufwertungsbetrags soll nach den Vorschriften des Aufwertungsgesetzes stattfinden.

Aus aller Welt

Silberhochzeit im holländischen Königshaus. Unter größter Teilnahme im ganzen Land wurde am 7. Februar die Silberhochzeit der Königin Wilhelmine von Oranien-Nassau und Prinzgemahls Herzog Heinrich von Mecklenburg-Schwerin gefeiert.

Mussolinis Stiftung. Als nach der Kammersitzung in Rom, in der Mussolini seine Brandrede gegen Deutschland hielt, für das Denkmal Cesare Battistis gesammelt wurde, zeichnete der Diktator und vielfache Minister Mussolini — 5 Lire, das sind etwa 85 Pfennig.

Kindsmord. In Berlin wurden der 24jährige Kaufmann Walter Thiemann und seine von ihm geschiedene 22jährige Frau unter dem Verdacht verhaftet, ihr einjähriges Kind ermordet zu haben. Es wurde festgestellt, daß die Frau schon vor der Scheidung versucht hat, das Kind zu vergiften.

Ueberfall auf einen Eisenbahnzug. Bei Henry (St. Illinois) überfielen 15 maskierte Räuber einen Güterzug, der, wie sie anscheinend wußten, eine Ladung Alkohol enthielt. Sie raubten 600 Gallonen (2725 Liter) Getreidebranntwein im Wert von 10 000 Dollar und verluden ihn auf 5 Lastkraftwagen.

In Rübenau bei Leipzig wurde der Gutsbesitzer Buschbeck von vier Einbrechern ermordet. Die Verbrecher schleppten den Kassenschrank aufs freie Feld, erbrachen ihn und nahmen alles Bargeld mit.

Ueberschwemmung in England. Nach mehrtägigem starken Regen ist die Gegend von Northampton überschwemmt. Ein Teil der Stadt steht unter Wasser.

Zusammenstoß. Auf dem Bahnhof in La Louvieres fuhr ein Personenzug auf einen Güterzug auf. Der amtliche Bericht spricht von 1 Toten, 9 schwer und 23 leichter Verletzten.

Sport

Der Sport am Sonntag. Eine große Anziehungskraft übte das gestrige Verbandsspiel der **Stuttgarter Kickers** gegen **VfR. Heilbronn** aus. Es endete mit einem Sieg der Kickers 2:1. Der **Stuttgarter Sportklub** holte sich beim **SpV. Schwaben** eine Niederlage 0:4. Die **Spielvereinigung Cannstatt** siegte gegen **VfB. Obertürkheim** 3:0 und wurde dadurch wieder Meister im Kreis Cannstatt. An sonstigen Spielen sind noch zu erwähnen **Gaisburg** gegen **Aalen** 1:1, **Eintracht Stuttgart** gegen **VfB. Ludwigsburg** 6:0, **Jahn Stuttgart** gegen **Reutlingen** 2:1, **Union Böckingen** gegen **Germania Bröhingen** 2:1, **Friedrichshafen** gegen **Schwaben Ulm** 2:2, **Nürtingen** gegen **Schwenningen** 6:2.

Houbens Niederlage. Houbens zweimalige Niederlage im Wettlauf im Madison Square Gaarden in Neuyork hat auch in Amerika Aufsehen erregt. Es wird anerkannt, daß er den amerikanischen Läufern Murchison (Sieger im 40- und 60-Yardlauf) und Miller ebenbürtig sei, daß er aber mit Holzbahnen, wie sie im Madison Square Gaarden in Betracht kamen, noch nicht so vertraut sei wie die amerikanischen Läufer. — Houben ist bekanntlich ein Krefelder.

Letzte Nachrichten

Das Aufnahmegesuch unterwegs.

Berlin, 9. Febr. Wie die Morgenblätter erfahren, ist der Kurier mit dem deutschen Aufnahmegesuch noch gestern abend nach Genf abgereist. Die Note wird am heutigen Dienstag von dem Generalkonsul Aschmann dem Generalsekretär des Völkerbundes überreicht werden.

Dr. Haslinde erkrankt.

Berlin, 9. Febr. Wie die Morgenblätter melden, ist der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Haslinde, an den Folgen einer verschleppten Grippe nicht unerheblich erkrankt und muß auf dringendes Anraten seiner Aerzte einen Erholungsurlaub antreten, der ihn voraussichtlich einige Wochen vom Dienst fernhalten wird.

Zwei Newyorker Abendblätter zur Mussolinirede.

New-York, 9. Febr. Die Abendpresse verurteilt einstimmig Mussolinis Rede, die hier die Sensation des Tages bildet:

„Evening Times" erklärt, Mussolinis Rede zeige, warum Europa keine Lust habe, abzurüsten. Als Imperator denke er, nach dem nahen Osten und dem Balkan schielend, nicht daran abzurüsten. Umso eigenartiger wirke es, daß sich in Berliner Meldungen bereits Beschwichtigungsversuche amtlicher Kreise bemerkbar machten.

„Evening World" erklärt: Von einem Mann, dessen Vorbild Napoleon und Cäsar seien, sei nichts anders zu erwarten, als eine Herunterleierung kriegerischer Absichten und Hirngespinste. Solches Säbelrasseln bringt heute nur die Gemüter durcheinander und wird bestimmen, daß die Welt sich mehr mit Mussolini befassen muß, wenn auch mit

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

einem ihm vielleicht nicht angenehmen Sinne, als ihr im allgemeinen lieb sein wird.

Ein Disziplinarverfahren gegen Gumpel.

Berlin, 9. Febr. Nach den Morgenblättern ist gegen den Privatdozenten an der Universität Heidelberg, Dr. Gumpel, der sich augenblicklich in Moskau befindet, ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden.

Holzmann in Brüssel verhaftet.

Berlin, 9. Febr. Die Morgenblätter berichten aus Köln: Nach einer Meldung der Kölner Zeitung aus Brüssel wurde der aus dem Prozeß gegen Bartels bekannte russische Staatsangehörige Holzmann am Montag abend, als er im Begriff stand, die Stadt zu verlassen, von einem deutschen und einem belgischen Kriminalbeamten verhaftet.

Für baldigen Friedensschluß in Syrien.

Berlin, 9. Febr. Nach einer Meldung aus Jerusalem hat die französische Regierung die weitere Entsendung von Mannschaften mit Munitionsbeständen abgelehnt und de Jouvenel angewiesen, den Frieden zu den bestmöglichsten Bedingungen so schnell als möglich abzuschließen.

60 Grad Kälte in Schweden.

Berlin, 9. Febr. Wie die Morgenblätter aus Stockholm melden, ist die Kälte in Nordschweden z. Zt. außerordentlich stark. In der Gegend von Pitea zeigte das Thermometer minus 60 Grad Celsius.

Paulina nimmt Diener an.

Berlin, 9. Febr. Wie die Morgenblätter melden, hat der spanische Schwergewichtsboxer Paulina den Kampf mit Franz Diener angenommen. Das Treffen geht am 12. Februar vor sich.

*

Wiener Blätter berichten, der österreichische Bundeskanzler Dr. Ramek beabsichtige, im März zu einem Besuch der Reichsregierung nach Berlin zu kommen.

Das türkische Parlament hat den türkisch-dänischen Freundschaftsvertrag angenommen.

Die japanische Polizei entdeckte in Söul (Korea) eine Verschwörung. Das Regierungsgebäude sollte in die Luft gesprengt werden. Drei der Beteiligten wurden verhaftet. Eine Menge Bomben soll gefunden worden sein.

Handel und Volkswirtschaft

Berliner Geldmarkt, 8. Febr. Tägl. Geld 5,5—7 v. H., Monatsgeld 7—8,5 v. H., Warenwechsel 7 v. H., Privatdiskont 5,5 v. H.

Die Notlage im Siegerländer Bergbau. Der Reichswirtschaftsminister hat Vertreter des Siegerländer Bergbaus (Westf.) nach Berlin berufen zu einer Besprechung über Maßnahmen zur Abhilfe der dortigen Notlage. An der Besprechung werden auch Vertreter der Reichsbahngesellschaft teilnehmen.

Das Kohlenkontor wird von Duisburg nach Mannheim verlegt.

Ein deutsches Einheitsautomobil. Der Plan zur Schaffung eines deutschen Einheitswagens ist soweit gediehen, daß nach der bereits erfolgten Festlegung der technischen Einzelheiten die Konstruktionspläne in Kürze ausgearbeitet sein können. Anschließend an das Bekanntwerden dieser für den deutschen Automobilbau grundlegenden Neuerung ist in der Presse von Zusammenschlüssen die Rede gewesen, doch sind solche durch das Fabrikationsprogramm in keiner Weise bedingt. Die verschiedenen Firmen, denen die Beteiligung an der Fabrikation der einzelnen Teile der Wagen freisteht, sollen vielmehr auf ihr Angebot vom Reichsverband der deutschen Automobilindustrie den Teil zugewiesen bekommen, den sie auf Grund ihrer Erfahrungen und Leistungsfähigkeit am günstigsten herstellen können. Die Vergebung der Aufträge soll jedoch nur nach Prüfung der Zuverlässigkeit der einzelnen Unternehmungen erfolgen.

Die Boykottbewegung gegen Italien macht sich auch auf der Durchgangsstation Singen (Baden) bemerkbar. Der Frachtverkehr ist um die Hälfte zurückgegangen. Auch der Reiseverkehr nach Italien ist gegenüber den früheren Jahren bedeutend geringer.

Reutlingen, 8. Febr. Von der Handelskammer. Die Handelskammer hat in ihrer letzten Sitzung nachdrücklichst Einspruch gegen die Erhöhung der Grundpreise für Laubholz erhoben und die Aufhebung der Württ. Baustofffstelle sowie eine tatkräftige Förderung des Wohnungsbaus verlangt. Wegen der wachsenden Bedeutung des deutsch-russischen Geschäfts soll noch im Lauf dieses Monats eine Besprechung für die Interessenten veranstaltet werden.

Märkte

Schweinepreise. Besigheim: Milchschweine 25—30, Läufer 55. — Crailsheim: Läufer 60—70, Milchschweine 32—14. — Giengen a. Br.: Saugschweine 25—37. — Gärtringen: Milchschweine 30—50, Läufer 60—80. — Hall: Milchschweine 30 bis 45, Läufer 55—75. — Künzelsau: Milchschweine 30—42. — Mergentheim: Milchschweine 30—40. — Rottweil: Milchschweine 32—40, Läufer 65—70. — Rot am See: Milchschweine 32—83, Läufer 61 Mark das Stück.

Fruchtpreise: Balingen: Haber 9—9.20. — Erolzheim: Weizen 11.50, Korn 12.50, Roggen 8.40, Gerste 9. — Giengen: Kernen 11.80, Roggen 8.80—8.90, Gerste 8.50—9, Haber 7.40 bis 8.60, Weizen 11.60—12. — Langenau: Kernen 13.40, Weizen 11.90. — Nagold: Weizen 12—12.50, Gerste 10, Haber 8.60. — Tübingen: Dinkel 8.50—9.50, Haber 8—9, Alber Dinkel 9.20, Roggen 9, Weizen 12—13, Gerste 8.80—10.50. — Winnenden: Weizen 11.70—11.80, Haber 8.30—8.60, Dinkel 8.60—8.70, Roggen 9.50—10 Mark der Zentner.

Stuttgart, 6. Febr. Wochenmarktpreise. Auf dem Wochenmarkt kosteten im Kleinhandel: Edeläpfel 33—45; Tafeläpfel 20—33; Kartoffeln 5—6; Wirsing 13—18; Filderkraut 6—9; Weißkraut 6—9; Rotkraut 9—13; Rosenkohl 50—65, Grünkohl 12 bis 18; Rote Rüben 7—10; Gelbe Rüben 9—13; Zwiebel 9—13; Schwarzwurzeln 40—50; Spinat 50—65 Pfg. das Pfd.; Endiviensalat 12—25; ausl. Blumenkohl 90—130; Rosenkohl 18—38; Rettich 4—8; Sellerie 13—33 Pfg. das Stück.

Konkurse.

Anna Bauer, geb. Merz in Tuttlingen. — Wilhelm Reutter, Tapeziermeister in Mergentheim. — Schmay Hartheimer, Viehhändler in Igersheim.

Aufgehobene Konkurse.

Firma Württ. Holz- und Pappenindustrie A.-G., Sitz in Markgröningen.

Konkurs-Einstellung mangels Masse.

Kaufmann Clemens Ehehalt in Balingen.

Gestorbene:

Gültstein: Joh. Maier, Landwirt, 68 J.
Herrenberg: Joh. Schneider, Bierbrauereibes. z. „Rößle", 61 J.
Freudenstadt: W. J. Münster, Fabrikant, 82 J.
Unterahldingen: Frau Oekonomierat Ruoff Wwe., 70 J.

Geschäftliches.

„Aecht Franck mit der Kaffeemühle" hat sich unter allen Kaffee-Zusätzen die unbestrittene Führung gesichert. Seit nahezu 100 Jahren haben Millionen deutscher Hausfrauen ihn als unentbehrliches Kaffee-Zusatzmittel schätzen gelernt.

Das Wetter

Infolge der allerdings nur schwächeren Einwirkung des westlichen Tiefs bleibt die Wetterlage unbeständig. Für Mittwoch und Donnerstag ist mehrfach bedecktes, aber nur zu geringen Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

In Berlin fiel der Wärmemesser auf 6 Grad unter Null.

Kaufet! Kochet! Kostet! **Rahma-buttergleich** MARGARINE

Zwangsversteigerung.

Am **Mittwoch, den 10. d. Mts.,** vormittags 9 Uhr kommen gegen Barzahlung an den Meistbietenden zum Verkauf:

ca. 2 cbm eichene Diele.

Zusammenkunft beim „Pflug". 489

Nagold, den 9. Febr. 1926.

Gerichtsvollzieherstelle beim Amtsgericht Nagold.

Der Schweine- u. Viehmarkt in Calw

am Mittwoch, den 10. Februar 1926

findet aus seuchenpolizeilichen Gründen **nicht statt.**

Calw, den 9. Februar 1926.

483 **Stadtschultheißenamt.**

Kunstpost- Silhouetten- Spruch- und Volkslieder- Geburtstags- Namenstags- Verlobungs- Vermählungs- Trauer- **Karten**

in grosser Auswahl bei

G. W. ZAISER.

Für Wiederverkäufer Preisermäßigung

Ordentliches 486

Mädchen,

15—17jähr., **oder solcher Bursche,** zur Mithilfe in der Landwirtschaft für sofort oder später gesucht von

Wilhelm Klink, Landwirt
Bildechingen OA. Horb a. N.

Auch setzt guterhaltenen, schweren

Wagen,

zum Langholzführen oder für Baugeschäft geeignet, preiswert dem Verkauf aus **der Obige.**

Zusammenlegb. Notenständer

bei **G. W. Zaiser, Buhhandlg., Nagold.**

Forstamt Nagold.

Holz-Verkauf.

Am Donnerstag, den 11. Februar 1926, nachmittags 1/2 2 Uhr in der „Sonne" in Rohrdorf aus Staatswald **Staufen:** Eichenstammholz 26 St. V. und VI. Kl. mit 4 Fm. in kleinen Losen; Fichtenstammholz 70 St. VI. Kl. mit 10,61 Fm. für Drahtanlagen. Reisig: Gebundene Wellen Eichen 85, Nadelholz 2280 St., 2 Flächenlose und 2 Lose Schlagraum.

Verloren ging Sonntag früh v. Marktstr. bis Bahnhof gestrickt. schwarz. **Westchen.** Der ehrl. Finder wird gebeten, es in der Geschäftsst. d. Bl. abzugeb.

Mädchen-Gesuch

Ehrliches, fleißiges Mädchen, nicht unter 20 Jahren, das schon gedient hat, für Küche und Haushalt auf 15. Febr. oder später gesucht. 490

Zu erfragen bei der Geschäftsstelle ds. Bl.

Die neuen Moden-Album

für **Frühjahr-Sommer 1926** sind soeben erschienen und vorrätig bei

Buchhandlung ZAISER

Obacht Hausfrauen!

Alte Möbel werden wie neu durch Möbelputz

„Wunderschön"

Friedr. Schmid, Colon.

Reichs-Lieder

bei **G. W. Zaiser, Nagold.**

Heute **Gesamt-Probe** 8 Uhr Traube. 181

Die glückliche Geburt eines gesunden

Mädels

zeigen in dankbarer Freude an

Alfred Reclam und Frau Hilde geb. Reichert.

Nagold, den 8. Feb. 1926. 485

Für Gärtner!

Infolge Wegzugs ist hier ein

schöner Gärtnereibetrieb

frei geworden und

sofort zu verpachten.

Wohnung ist evtl. zu haben. Auskunft erteilt und erbittet umgehend Angebote: 492

Bezirksnotar Knodel in Wildberg.

Echt westfäl. Kronen-Delikatess-

Pumpernickel

garantiert bestes Vollkornbrot, köstlich und pikant im Geschmack, blutbildend, herz- und nervenstärkend, appetitanregend, regelt den Stuhlgang. Glänzende Anerkennungen von Aerzten, Lebensreformern und Privaten. Mehrfach prämiiert. Wochenlange Haltbarkeit. Versand erfolgt per Nachnahme durch

Westfäl. Pumpernickel-Versandhaus, Wilh. Milberg, Bielefeld, Siekerstr. 1

Postscheckkonto Hannover 49739

2 Brote à 3 Pfd. ℳ 4.—, 3 Brote ℳ 5.— incl. Unkosten, bei Voreinsendung 30 ₰ billiger.

439

Unsere verehrl. Stadtabonnenten

bitten wir, den Bezugspreis für den Monat Februar mit

nur 1.60 Goldmark

bis spätestens Montag, 15. Februar in unserer Geschäftsstelle zu bezahlen.

Verlag „Der Gesellschafter"

Lat.- u. Realschule Nagold.

Die **Aufnahmeprüfung** für die Schüler(innen), die aus der 4. oder einer höheren Volksschulklasse in die I. Kl. der Lat.- und Realschule übertreten wollen, findet **Donnerstag, 18. Febr. 1926, von 8 Uhr an** statt. Anmeldungen unter Vorlage eines Geburtsscheins und Schulzeugnisses nimmt Unterzeichneter bis 17. Febr. entgegen.

Bis 17. Febr. sind auch etwaige Anträge auf vorzeitigen Uebergang besonders leistungsfähiger Schüler aus der 3. Volksschulklasse in Kl. I zu stellen. 488

Nagold, den 8. Febr. 1926.

Nagel.

STEMPEL

aller Art

liefert schnellstens

G. W. ZAISER, Nagold.

Rohrdorf, den 8. Februar 1926. 493

Trauer-Anzeige.

Verwandten und Bekannten machen wir die schmerzliche Mitteilung, daß unser lieber Vater, Bruder, Schwiegervater, Großvater und Urgroßvater

Joh. Gg. Held

Schuhmacher

nach kurzem schwerem Leiden im Alter von 83 1/2 Jahren sanft entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitten

die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung:

Donnerstag, den 11. Febr., nachm. 1 1/4 Uhr